OCT 26 1936

Mittags-Ausgabe.

Deutsches Nachrichtenbüro G.m.b.H.

Als Manuskript gedruckt. Nachdruck und jede Art Verbreitung ohne Vereinbarung untersagt. Ohne alle Gewähr.)

3. Jahrg. 1936	Berlin, Dienstag, 6. Oktober	Nr. 1307

Der Führer zum Tode von Gömbös.

Berlin, 6. Oktober. Der Führer und Reichskanzler hat anläßlich des Ablebens des Ungarischen Ministerpräsidenten von Gömbös an Seine Durchlaucht den Reichsverweser Admiral von Horthy in Budapest folgendes Beileidstelegramm gerichtet:

„Euerer Durchlaucht spreche ich meine und des Deutschen Volkes tiefempfundene Anteilnahme an dem Tode des Herrn Ungarischen Ministerpräsidenten von Gömbös aus. In dem Verstorbenen verliert Ungarn einen seiner besten und verdienstvollsten Söhne, Deutschland einen guten Freund.

Adolf Hitler."

An Frau von Gömbös hat der Führer und Reichskanzler wie folgt telegraphiert:

„Euere Exzellenz bitte ich den Ausdruck meines tiefempfundenen Beileids an dem schweren Verlust entgegennehmen. der Sie und die Ihrigen betroffen hat. Mit Ihnen betrauert Ungarn den Tod eines großen Patrioten. Deutschland den Heimgang eines verständnisvollen Freundes.

Adolf Hitler."

Tiefe Trauer in Ungarn.

Budapest, 6. Oktober. Das ganze ungarische Volk trauert tief erschüttert um den Ministerpräsidenten Gömbös. Die Nachricht von dem Ableben des Ministerpräsidenten traf in den Morgenstunden hier ein und verbreitete sich rasch. Auf der Königlich-Ungarischen Burg wurde die schwarze Fahne auf halbmast gehißt.

Das Kabinett ist sogleich nach dem Eintreffen der Todesnachricht zu einem außerordentlichen Ministerrat zusammengetreten. Der Reichsverweser ist unverzüglich von dem Ableben des Ministerpräsidenten unterrichtet worden.

Die nunmehr notwendig gewordene Umbildung der Regierung wird, wie verlautet, bald nach dem Abschluß der Begräbnisfeierlichkeiten stattfinden, über die in der Sitzung des Kabinetts entschieden werden soll. In dem Ministerrat wird die Regierung dem Reichsverweser ihre Demission geben. Der Reichsverweser wird dann den stellvertretenden Ministerpräsidenten Daranyi provisorisch mit der Weiterführung der Geschäfte betrauen. Die Verhandlungen des Reichsverwesers wegen der Neuernennung des Ministerpräsidenten werden nach dem Abschluß der Begräbnisfeierlichkeiten beginnen.

Obwohl die lange und schwere Erkrankung des Ministerpräsidenten schon seit geraumer Zeit ernste Befürchtungen ausgelöst hatte, kam die Nachricht von seinem Ableben doch unerwartet. Erst in den späten Abendstunden des Montag war aus München die Kunde einer ernsten Verschlimmerung des Gesundheitszustandes eingetroffen, die das Schlimmste befürchten ließ. In tiefer Trauer steht das ungarische Volk an der Bahre eines Mannes, der Ministerpräsident und nationaler Führer war und mit größter Aufopferung und tiefstem Pflichtbewußtsein das große nationale Aufbauwerk in neuzeitlichem Geiste in Angriff genommen hatte.

Außenpolitisch hatte Gömbös das Land in eine engste Zusammenarbeit mit Deutschland und Italien geführt. Aus seinen warmen Sympathien und seinem großen Verständnis für das nationalsozialistische Deutschland und seinen Führer, die in den mehrfachen Reisen nach Deutschland zum Ausdruck kamen, hatte Gömbös nie ein Hehl gemacht und stets die enge Verbundenheit zwischen Deutschland und Ungarn betont. Unter seiner Führung war Ungarn in die große europäische Front der zum Kampfe gegen den Bolschewismus entschlossenen Staaten eingetreten.

Ministerpräsident Julius von Gömbös.

Berlin, 6. Oktober. Deutschland verliert in dem Ministerpräsidenten Gömbös einen warmherzigen und treuen Freund, dem es noch lange unvergessen bleiben wird. Die schmerzliche Todesnachricht rief überall in Berlin tiefe und stark empfundene Trauer hervor.

Die energische und temperamentvolle Führerpersönlichkeit Gömbös' gab der politischen Entwicklung seines Landes in den letzten Jahren einen festen Halt und eine wohltuende Stetigkeit. Gömbös war es gelungen, eine autoritäre Staatsführung durchzuführen, die ihren starken Rückhalt in der Person des Ministerpräsidenten selbst fand, der bei allen Parteien und Schichten der Bevölkerung außerordentliche Achtung und weitgehende Sympathien genoß. Gömbös ging mit der neuen Zeit und war von dem festen Willen beseelt, sein Land einer besseren sozialen Zukunft zuzuführen.

Als weit vorausschauender Politiker hatte er die Notwendigkeit erkannt, unter Knüpfung besonders enger Beziehungen zu Deutschland neue Wege in die Zukunft zu suchen. In einer Rede im ungarischen Oberhaus führte er im Juni 1934 die Grundsätze seiner Politik aus. Damals erklärte er, daß Ungarns Absichten durchaus friedlich seien. Die ungelösten Fragen durch einen Krieg lösen zu wollen, wäre Irrsinn und bedeute, daß man nicht imstande sei, die Probleme auf friedlichem Wege zu regeln. Ungarn müsse eine Politik verfolgen, die seine Unabhängigkeit bewahre und es ihm möglich mache, so lange zu warten, bis in der ungarischen Frage in Europa der nüchterne Verstand vorherrsche. Sein Bestreben sei es, gestützt auf Oesterreich, Deutschland und Italien Ungarn aus seiner „Falle" zu befreien. In einem Ausgleich zwischen Berlin und Rom erblicke er die Achse einer ruhigen europäischen Politik, die er die Freundschaft zu beiden Staaten sowohl aus politischen als auch aus wirtschaftlichen Gründen für richtig halte. Er als Soldat trachte nach Frieden, weil er um Europa besorgt sei und befürchte, daß sonst eines Tages die Kultur Europas zusammenbreche. Mit diesen Worten hat Ministerpräsident Gömbös sein außenpolitisches Programm bereits vor zwei Jahren fest umrissen, an dem er bis zu seinem Tode festgehalten hat.

* * *

Julius Gömbös von Jaffa wurde am 26. Dezember 1886 in der deutsch-schwäbischen Gemeinde Murgan im Komitat Tolna geboren. Er entstammt einem alten ungarischen Adelsgeschlecht. Nach dem Besuch der Mittelschule in Dedenburg und der Honved-Kadettenschule in Budapest kam er 1911 an die Kriegsschule nach Wien. Nach seiner Zuteilung zu dem Generalstabskorps wurde er zum Hauptmann befördert. Für sein tapferes Verhalten vor dem Feinde während des Weltkrieges erhielt Gömbös mehrere hohe Auszeichnungen.

Nach dem Zusammenbruch der alten Monarchie stellte Gömbös seine Tatkraft in den Dienst der Nation, um als Führer der Gegenrevolution die Karolyi-Regierung zu bekämpfen. Er sammelte die nationalen Offiziere und Reserve-Offiziere in dem Verein „Move", organisierte das Wiener antibolschewistische Komitee unter Graf Stephan Bethlen, nahm als Staatssekretär der Gegenrevolutionären Regierung die Sammlung der nationalen Armee vor, gründete über 100 „Move"-Sportvereine und errichtete zur weltanschaulichen Untermauerung seines Kampfes eine Druckerei und Verlagsanstalt für Rassenschutz.

1920 wurde Gömbös in das Parlament gewählt. Als Vizepräsident der Regierungspartei fungierte er 1922 erfolgreich als Wahlleiter. 1923 wurde ihm die Führung der Ungarischen Nationalen Unabhängigkeitspartei (Rassenschützer) übertragen. Mit seiner Fraktion trat er bald in Opposition zur Regierung. Diese hatte Jahre hindurch mit seinem Kampf gegen das Judentum, gegen die Legitimisten und die Auswüchse des Kapitalismus große Erfolge zu verzeichnen. Bei den Wahlen 1926 gelang es den Rassenschützlern aber nur, vier Abgeordnete durchzubringen. Die daraufhin durch Gömbös eingeleitete Wiederannäherung an die Einheitspartei mußte 1928 durch die Auflösung der rassenschützlerischen Fraktion abgeschlossen.

Gömbös wurde zum Staatssekretär im Honved-Ministerium ernannt; am 10. Oktober 1929 trat er die Nachfolgeschaft des Generals der Kavallerie Graf Csaky als Honved-Minister im Kabinett des Grafen Bethlen an. Im Frühjahr 1930 bekleidete ihn der Reichsverweser zum General a. D. Als Honved-Minister betätigte sich Gömbös kaum mehr parteipolitisch, sondern widmete sich hauptsächlich den Militärfragen. Nach dem Rücktritt der Regierung Bethlen wurde Gömbös in dem am 28. 8. 1931 neu gebildeten Kabinett des Grafen Karolyi wieder Honved-Minister. Als auch dieses Kabinett demissionierte, wurde Gömbös Ende September Ministerpräsident und behielt als solcher auch das Honved-Ministerium. Bei einer Kabinettsumbildung am 4. März 1935 übernahm Gömbös wiederum die Ministerpräsidentschaft und das Honved-Ministerium.

Goethe-Medaille für Professor Richard Haupt.

Berlin, 6. Oktober. Der Führer und Reichskanzler hat durch Urkunde vom 28. September 1936 den Geheimen Regierungsrat Regierungsdirektor a. D. Professor Dr. Dr. Richard Haupt in Preetz anläßlich seines 90. Geburtstages am 6. Oktober d. J. in Anerkennung seiner Verdienste um die Erforschung des Deutschen Kulturerbes in der Nordmark die Goethe-Medaille für Kunst und Wissenschaft verliehen.

Zum Senatspräsidenten beim Reichsgericht ernannt.

Leipzig, 6. Oktober. Reichsgerichtsrat Sellmer ist mit Wirkung vom 1. Oktober d. J. zum Senatspräsidenten beim Reichskriegsgericht in Berlin ernannt worden.

LZ „Hindenburg" zur 10. Nordamerikafahrt gestartet.

Frankfurt a. M., 5. Oktober. Das Luftschiff „Hindenburg" startete am Montag um 19 Uhr 35 vom Flug- und Luftschiffhafen Rhein-Main zu seiner 10. Nordamerikafahrt.

Eine Wilhelm Gustloff-Halle in Tzaneen gewiht.

Pretoria, 6. Oktober. Anläßlich des deutschen Tages wurde in Tzaneen eine Wilhelm Gustloff-Halle eingeweiht, die vom deutschen Arbeitsdienst von Nordtransvaal erbaut worden war. Der stellvertretende Landesleiter, Kontul Stiller eröffnete bei dieser Gelegenheit das Winterhilfswerk der Afrikadeutschen für die Heimat.

An Frau Gustloff wurde ein herzliches Grußtelegramm gesandt.

Auch in Südwest wurde das Winterhilfswerk eröffnet und der Deutsche Bund zu Naturalspenden aufgerufen.

Führerer belgischer Minister zur Kommunistengefahr.

Brüssel, 5. Oktober. Der ehemalige Finanzminister Sap hielt am Sonntag in Roeselare in einer flämischen Versammlung eine Rede „in der er die bevorstehende Militärreform im Lichte der kommunistischen Weltgefahr behandelte. Er sagte, die Regierung von Zeeland habe es nicht verstanden, die Befriedung der Geister durchzuführen. Der gemeinsame Feind sei der Kommunismus, gegen den sich alle, die Belgien liebten, welcher Partei sie auch immer angehörten zusammenschließen müßten. Sap wies auf die Gefahr hin, nach denen die Regierung beabsichtige, das Parlament zu einer außerordentlichen Sitzung einzuberufen, um auf Grund der Beratungen des Gemischten Militärausschusses die Militärreform in beschleunigtem Tempo durchzusetzen. Die Flamen seien mit der Militärreform, wie sie von der Regierung beabsichtigt sei, nicht einverstanden. Das französisch-belgische Militärabkommen vom Jahre 1920 habe zur Folge gehabt, daß die ganze Militärmacht Belgiens derjenigen Frankreichs angepaßt worden sei. Belgien habe Frankreich der Maßnahme enthoben, seine Nordgrenze zu verteidigen. Die Verteidigung der belgischen Ostgrenze sei in Anlehnung an diejenige der französischen Ostgrenze organisiert. Belgien habe seine Landesverteidigung einseitig gegen Deutschland gerichtet, so daß es einem Einfall aus Frankreich völlig ohnmächtig gegenüberstehe.

Größer als die „deutsche Gefahr", auf die die Militärreform nach den Andeutungen Saps offenbar abgestellt sein soll, — sei die kommunistische Gefahr. Der französisch-russische Pakt habe eine neue Lage geschaffen. Im französischen Parlament hätten national fühlende Franzosen auf die Gefahren dieses Bündnisses für den Weltfrieden hingewiesen. Infolge dieses Abkommens sei für Belgien die Gefahr an der französischen Grenze größer, als die Gefahr an der deutschen Grenze. In diesem Punkte seien die Flamen mit den Sozialisten nicht einverstanden. Die Sozialisten, die früher sehr antimilitaristisch gewesen seien, seien plötzlich die stärksten Verteidiger der Erhöhung der Militärlasten geworden. Sie beaupteten, daß eine kommunistische Gefahr nicht bestehe und daß Aufstand für mindestens 30 Jahre ein Faktor des Weltfriedens sei. Flamen und Wallonen, Katholiken und Roten könnten in der Frage der Militärreform zusammengehen.

Wallonische Politiker hätten unlängst öffentlich auf die kommunistische Gefahr hingewiesen und erklärt, daß Deutschland und Hitler einen Damm gegen den Kommunismus aufgerichtet hätten. Dieser Standpunkt sei richtig. Unter Berücksichtigung der Gefahr, die Belgien durch den Kommunismus von Süden her drohe, müsse auch die Militärreform gelöst werden.

Degrelle über das flämische Problem.

Brüssel, 6. Oktober. Wie Le Pays Réel, das Organ der Rex-Bewegung mitteilt, hat Degrelle in Lüttich eine Versammlung abgehalten, an der über 25 000 Personen teilgenommen haben sollen.

Degrelle überreichte in der Versammlung, die ihm stürmische Kundgebungen bereitete, dem Führer der Rex-Bewegung von Lüttich, Willems, der vor einigen Wochen bei einem marxistischen Ueberfall durch Schüsse verwundet worden war, das „Blut-Kreuz", eine Auszeichnung, die, wie Degrelle erklärte, die erste in dem von den Roten erneuerten Staate sein soll. Degrelle kündigte für die nächste Zeit mehrere große Kundgebungen an, insbesondere eine Massenversammlung im Herzen Flanderns, an der 40 000 Personen teilnehmen sollen.

Die Lütticher Versammlung war insofern von besonderem Interesse, als sie eine gewisse Klärung in der Haltung der Rex-Bewegung zu der flämischen Frage brachte. Degrelle und der flämische Rexisten-Führer de Mont, ein Schwerkriegsverletzter, gaben übereinstimmende Erklärungen ab.

De Mont führte aus, die Rex-Bewegung wolle den Flamen Ruhm und Ehre wiedergeben. Flandern könne sich nicht mehr mit den leeren Versprechungen der Parteipolitiker begnügen. Belgien befinde sich an einem Wendepunkt. Er forderte das Recht der Selbstverwaltung für Flamen und Wallonen. Der flämische Gedanke sei tief in die Massen der ländlichen Bevölkerung eingedrungen. Es bestehe ein großer Unterschied zwischen dem früheren „Frontismus", der demagogisch gewesen sei, und dem heutigen flämischen Nationalismus, der antimarxistisch und patriotisch sei. De Mont betonte jedoch, daß für die Rex-Bewegung eine Lösung der flämischen Frage nur im Rahmen des heutigen Belgiens möglich sei.

Anschließend sprach Degrelle über die Beschwerden und Klagen der Flamen, denen man in der Vergangenheit keine Genugtuung gegeben habe. Die Flamen hätten schon alle Hoffnung verloren gehabt. Daraus erkläre sich, daß sie zu extremen Lösungen hätten ihre Zuflucht nehmen wollen. Nur eine starke Regierung könne die flämische Frage lösen. Unter dem parlamentarischen System sei eine wirkliche Dezentralisation nicht möglich. Was wäre aus Belgien geworden, so erklärte Degrelle, wenn nicht Rex gekommen wäre, um Flamen und Wallonen zu versöhnen? Das Parteiensystem habe die nationale und soziale Einheit zerstört.

In einem Leitartikel im „Le Pays Réel" entwickelt Degrelle unter der Ueberschrift „Nationale Einheit" seine Gedanken über die Lösung der flämischen Frage. Er bezeichnet es als einen ungeheuren Vorteil für Belgien, daß es am Scheideweg der lateinischen und der nordischen Zivilisation lebe.

Die eine Hälfte der Bevölkerung sei vom Genius des Nordischen und die andere vom lateinischen Genius erfaßt. Degrelle stellte drei Forderungen in den Mittelpunkt:

1. Die beiden Kulturen müßten sich im belgischen Staat frei entwickeln.
2. Flamen und Wallonen müßten absolute Gleichberechtigung erhalten,
3. der Staat müsse dezentralisiert werden.

Rex plane eine weitgehende Verstärkung der Provinzialgewalt, insbesondere auf schulpolitischem Gebiet, ferner die Schaffung neuer öffentlicher Organe, um die kulturelle Entwicklung der beiden völkischen Gemeinschaften zu sichern, und schließlich eine Teilung der Zentralbehörden, namentlich des Kultusministeriums, in wallonische und flämische Abteilungen.

Madrid in Erwartung des nationalistischen Angriffs.

Burgos, 6. Oktober. Zur Lage in Madrid wird bekannt, daß zur Verteidigung der Stadt drei Reihen Schützengräben und Befestigungen angelegt werden. Am Sonntag wurden in Madrid Flugblätter verteilt, die die Republikaner und Marxisten auffordern, sich an der Verteidigung Madrids zu beteiligen. Die rote Regierung Madrids fordere die Milizen aller Arbeitslosen und Nichtbeschäftigten zu den Befestigungsarbeiten. Wer der Anordnung nicht Folge leiste, werde zum Staatsfeind erklärt und erschossen.

Verantwortlich: Kurt Schwarzkopff, Berlin-Wilmersdorf.
Druck und Verlag: Deutsches Nachrichtenbüro G. m. b. H., Berlin.